

**Freiheit. Verantwortung.
Selbstbestimmung.**



Liberaler Kommunalpolitik für Mannheim



Stadtrat Volker Beisel

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Gemeinderat

Etatrede 2010/2011, gehalten vor dem Gemeinderat
der Stadt Mannheim am 2. Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

Finanzstrategie des Oberbürgermeisters	2
Mannheimer Steuerlast im Auge behalten.....	4
Kommunal финанzen neu organisieren	5
Städtische Unternehmen - ordnungspolitische Notwendigkeit?.....	6
Anpassung von nicht kostendeckenden Gebühren	7
Verkauf von städtischen Grundstücken.....	8
Mannheims Wirtschaft stärken	8
Förderung von Kleinst- und Kleinunternehmen	9
Mannheims neue wirtschaftspolitische Strategie	10
Vorfahrt für Kinder und Bildung	11
Krippen- und Tagespflegestätten	11
Kindertagesstätten	11
Ganztagsschule.....	12
Jugendhäuser und Jugendtreffs	12
Frauenhäuser in Mannheim	13
Nachhaltige urbane Stadtentwicklung – Weichen stellen für die Zukunft	14
Mannheim 21.....	14
Westtangente	14
Sickinger-Schule	14
Victor-Lenel-Haus.....	15
48er Sportanlage.....	15
„blau_Mannheim_blaue“.....	15
Planken-Sanierung.....	16
Stadtbahn Nord	17
Radverkehrspolitik.....	17
Klimaschutz in Mannheim.....	18
Change² - auf dem Weg in die Moderne	18
Kultur-Raum-Stadt - Der Weg ist das Ziel	19
Kultur- und Sportförderung	20
Nationaltheater – Leuchtturm der Kultur.....	20
Kunsthalle – Neubau oder Abriss?	20
Freie Kulturszene	21
Bäderkonzept	22
Sportförderung	23
Schlussbemerkung	24
Stichwortliste	26

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

hätten wir uns vor zwei Jahren vorstellen können, dass wir mit dem aktuell vorliegenden Haushaltsplan über eine Neuverschuldung von über 75 Millionen Euro beraten? Sicherlich nicht!

Es war Dank einer Einmalzahlung der Gewerbesteuer eines Mannheimer Unternehmens sowie des Verkaufs von MVV-Anteilen möglich, dass wir zwei Jahre lang eine finanzielle Verschnaufpause erfahren durften.

Mannheim lebt aber in vielen Bereichen über seinen Verhältnissen und es wurden die letzten beiden Jahre nicht genutzt, um die strukturellen Probleme grundsätzlich anzugehen.

Nun steht die Stadt Mannheim – wie schon mehrfach und deutlich ausgeführt – in den kommenden vier Jahren vor einer Finanzierungslücke von über 350 Millionen Euro. Wir müssen uns alle bewusst darüber werden, dass wir im März wichtige Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen werden!

Es ist richtig, dass die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg nicht hausgemacht ist. Aber Tatsache ist auch, dass Mannheim nicht im luftleeren Raum agiert. Genauso wie wir vor einigen Jahren von einer erfreulichen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung profitiert haben, erfahren wir in diesen Zeiten, was es bedeutet, abhängig von der Weltwirtschaft zu sein.

Der Gemeinderat muss jetzt endlich seine Hausaufgaben machen, damit die grundsätzliche Schiefelage unseres Verwaltungshaushalts nachhaltig zum Positiven verändert werden kann. Ohne konsequentes Sparen können wir diese strukturellen Probleme nicht meistern. Wir begrüßen das vorgelegte Haushaltsstrukturprogramm des Oberbürgermeisters, in dem endlich konkrete Vorschläge für dauerhafte Einsparungen gemacht werden.

Als Gemeinderat müssen wir in dieser besonderen Situation auch Position beziehen. Wir müssen den Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass wir unserer Pflicht nachkommen, und versuchen die Zukunft Mannheims – auch in Zeiten der Krise – aktiv zu gestalten.

Für die anstehenden Etatberatungen brauchen wir Mut zur Entscheidung. Denn angesichts der krassen Einnahmeausfälle und der zu erwartenden gigantischen Finanzierungslücke müssen wir uns alle klar darüber sein, dass wir ohne Kürzungen und Einsparungen nicht auskommen können. Wir müssen die Bürger unserer Stadt mitnehmen und ihnen erklären, warum wir die eine oder andere Leistung einschränken und gleichzeitig in anderen Bereichen weiterhin kräftig investieren. Aufgabe der Politik ist nicht das Populäre umzusetzen, sondern das Notwendige populär zu machen.

Die FDP-Fraktion ist gewillt ihre Verantwortung in dieser schwierigen Haushaltsslage wahrzunehmen.

Finanzstrategie des Oberbürgermeisters

Wir sind mit der vom Oberbürgermeister dargelegten Dreifachstrategie zur Deckung der Finanzierungslücke einverstanden:

1. begrenzte Neuverschuldung
2. Rückgriff auf unsere Rücklagen und Vermögensverkäufe
3. Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen

Nur zu versuchen, sich aus dieser gewaltigen Krise herauszusparen, wäre als alleinige Maßnahme schädlich für die Zukunft unserer Stadtentwicklung. In diesem Punkt folgen wir deswegen auch der Argumentation des Oberbürgermeisters.

Angesichts der extrem schlechten Haushaltsslage plädieren auch wir für eine befristete Ausnahme des – gerade von der FDP lange geforderten und durchgesetzten – Verschuldungsverbots.

Die Neuaufnahme von Schulden kann aber nur ein vorübergehendes Mittel sein und muss so gering wie irgendwie möglich ausfallen. Schulden sind und bleiben eine

Belastung für zukünftige Generationen. Es ist unsere Pflicht, als Vertreter der Mannheimer Bürgerschaft, den politischen Gestaltungsspielraum für die zukünftigen Generationen nicht mit Schulden völlig zu verbauen. Wir können daher eine Nettoneuverschuldung in den kommenden beiden Haushaltsjahren mittragen. Mit der geplanten Schuldenaufnahme über die nächsten beiden Haushaltsjahre hinaus sind wir jedoch nicht einverstanden. Unser Ziel ist es, in der mittelfristigen Finanzplanung von der geplanten Neuschuldenaufnahme abzusehen!

Wir wollen deutlich mehr Ausgaben kürzen und auf Steuererhöhungen verzichten. Wir plädieren außerdem für mehr Vermögensveräußerungen und Rücklageentnahmen. Vermögensverkäufe sollten möglichst mehr als ein Drittel zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Das vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Haushaltsstrukturprogramm 2013 beinhaltet konkrete Einsparvorgaben. Wir begrüßen, dass die von uns seit Jahren kritisierte Maßnahme der globalen Minderausgabe durch das Haushaltsstrukturprogramm schrittweise abgelöst werden soll. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass die Fachbereiche die Sparvorgaben oft nicht erreichen konnten. Die allmähliche Reduzierung der globalen Minderausgabe halten wir daher für den richtigen Weg. Wir vertrauen der Verwaltung, dass durch ein intensives Controlling die Einsparungen auch realisiert werden.

Die FDP hat aber noch weitere Positionen mit erheblichem Einsparvolumen. Wir leisten uns beispielsweise jedes Jahr für rund 2,5 Millionen Euro einen Kommunalen Ordnungsdienst, der immer mehr polizeiliche Aufgaben – also Aufgaben des Landes – wahrnimmt. Wir wollen diese Millionensumme lieber in unsere Kinder investieren.

Ebenso halten wir es für falsch, mit Steuergeldern Großveranstaltungen einzukaufen, wie zum Beispiel den Deutschen Katholikentag, den wir in der mittelfristigen Finanzplanung mit 1,5 Millionen Euro bezuschussen. Ich will mich an dieser Stelle unmissverständlich ausdrücken, wir heißen alle Katholiken und Interessenten herzlich in Mannheim willkommen. Allerdings setzen wir uns auch in diesem Punkt für die religiöse Gleichberechtigung ein. Aus unserer Sicht ist es nicht vertretbar, bestimmte Religionsgemeinschaften selektiv mit Steuergeldern zu

subventionieren. Insbesondere da andere Gemeinschaften sich schon seit Jahren hier in Mannheim zusammen finden, ohne einen Euro Zuschuss zu erhalten.

Mannheimer Steuerlast im Auge behalten

Wir begrüßen die Entscheidung des Oberbürgermeisters sehr, keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Betracht zu ziehen. Ich bediene hier ausdrücklich kein Klischee eines liberalen Politikers, wenn ich mich zum wiederholten Male entschieden gegen Steuererhöhungen ausspreche. Uns allen muss klar sein, welche enormen Belastungen die Mannheimer Unternehmen durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise erfahren. Eine zusätzliche Belastung durch höhere Steuern wäre das völlig falsche Signal.

Steuererhöhungen sind und bleiben Gift für die Mannheimer Wirtschaft und gefährden zwangsläufig Arbeitsplätze. Unser aller Ziel muss es sein, Mannheimer Unternehmen in die Lage zu versetzen, Arbeitsplätze zu sichern und hoffentlich bald auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Aus diesem Grunde können wir auch die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuerer von derzeit 400 auf 450 Punkte nicht mittragen. Wie die Verwaltung selbst schon festgestellt hat, trifft eine Erhöhung der Grundsteuer hauptsächlich die Mieter, da die Grundsteuer auf die Mieten umgelegt werden kann. Zudem sind hiervon auch die kleineren und mittleren Unternehmen in unserer Stadt betroffen – keine guten Aussichten für den Mannheimer Arbeitsmarkt.

Zusätzlich durften wir in den vergangenen Wochen miterleben, wie sich Mannheimer Kommunalpolitiker mit neuen Besteuerungsideen hervorgetan haben, anstatt ernsthaft über Kürzungen und Einsparmöglichkeiten zu diskutieren. Die Idee eine Kulturförderabgabe einzuführen, bedeutet de facto eine Strafabgabe für Touristen. Keine gute Idee, um Mannheim als Kulturhauptstadt attraktiv zu machen.

Wir müssen uns doch nicht vormachen, dass diese zusätzlichen Einnahmen etwa zur Restaurierung der Kunstwerke der Kunsthalle verwendet werden – wovon die Touristen dann ja noch etwas hätten. Also reden wir Tacheles, wo Weimar mit dieser

Abgabe die Kunst und Kultur fördert, will die Mannheimer SPD die Strafabgabe für Touristen zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden.

Diese Strafabgabe für Touristen und Kongressteilnehmer wäre geradezu kontraproduktiv für unsere Stadt. Sie schädigt unser Image und eine der wichtigsten Ziele der Bewerbung zur Kulturhauptstadt – nämlich mehr Besucher nach Mannheim zu locken. Diese neu erfundene Steuer zielt zudem auf eine Branche, die viele Arbeitnehmer beschäftigt und zahlreiche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

Im Gegensatz zu Weimar befinden wir uns nicht auf dem flachen Land, sondern inmitten einer Metropolregion mit starkem, gesundem Wettbewerb. Mit dieser Kulturförderabgabe im Alleingang schädigen wir nachhaltig unsere Position in der Region. Hotels am Stadtrand werden das Nachsehen haben und können sich gleich bei der „Steuererhöhungsmehrheit“ im Gemeinderat beschweren.

Kommunal Finanzen neu organisieren

Die föderalen Finanzbeziehungen müssen endlich auf den Prüfstand. Wir brauchen dringend Reformmaßnahmen zur Gewährleistung einer aufgabengerechten Finanzausstattung für die Kommunen. Das Problem der deutschen Kommunen ist die strukturelle Überlastung mit sozialen Lasten. Wir brauchen eine Neuauflage der Gemeindefinanzreform. Ich darf den Oberbürgermeister darauf hinweisen, dass Sie mit der FDP eine starke Fürsprecherin beim Deutschen Städtetag haben, um die Finanzierung von Kommunen in Deutschland endlich auf eine tragfähige Basis zu stellen.

Wir sehen vor allem die unsicheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer kritisch und plädieren für einen kommunalen Hebesatz auf Einkommens- oder Mehrwertsteuer. Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger vor Ort, um Ihnen ein hohes Maß an Möglichkeiten zur freien und individuellen Lebensgestaltung zu geben. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss die Finanzierung unserer Gemeinden, Städte und Kreise langfristig gesichert werden. Mit einem eigenen kommunalen Hebesatz auf Einkommens- oder Mehrwertsteuer ließe sich nicht nur eine bessere Planungssicherheit für die

Kommunen erzielen, sondern auch eine größere finanzpolitische Transparenz des kommunalen Haushalts durchsetzen.

Gerade in Bezug auf unsere Forderung, mittelfristig von jedweder Neuaufnahme von Schulden abzusehen, drängen wir auf eine rasche Reform der föderalen Finanzbeziehungen. Wir brauchen dringend mehr Planungssicherheit bei den kommunalen Finanzen. Und wir brauchen diese bald!

Städtische Unternehmen - ordnungspolitische Notwendigkeit?

In der aktuellen Situation folgen wir der Auffassung des Oberbürgermeisters, dass wir zur Deckung von Einnahmeausfällen jetzt keine Unternehmens- bzw. Aktienverkäufe tätigen sollten. Das „Tafelsilber“ der Stadt Mannheim soll nicht dazu genutzt werden Haushaltslöcher zu stopfen.

Wir sollten uns aber wenigstens darauf verständigen, dass sich unsere städtischen Unternehmen an der Bewältigung der Krise beteiligen müssen, denn das oftmals gelobte „Tafelsilber“ muss einen Ertrag für die Stadt erwirtschaften.

Die Privatisierung von städtischen Unternehmen bleibt für die FDP eine ordnungspolitische Frage! Wir halten es für schlichtweg falsch, wenn die Stadt, jenseits der Daseinsvorsorge, Aufgaben eines Wirtschaftsunternehmens übernimmt. Wir plädieren dafür, dass der Gemeinderat mittelfristig den Verkauf städtischer Betriebe in Betracht zieht. Die von der anderen Seite des Hauses so hoch gelobte „Anti-Privatisierungs-Mehrheit“, die seit der letzten Kommunalwahl im Gemeinderat angeblich vorherrscht, muss nämlich den Bürgern erklären, warum die Stadt Mannheim für Wirtschaftsunternehmen verantwortlich und auch haftbar ist, deren Geschäftstätigkeiten, wie im Falle der MVV, bis ins ferne Baltikum reichen.

Das gleiche gilt übrigens auch für die Organisation von Kongressen der m:con und das damit verbundene Risiko in Übersee.

Wir fragen uns aber auch, welchen Synergieeffekt der Verkauf der MVV-Anteile an RheinEnergie tatsächlich gebracht hat. Leider sind die Vorteile des strategischen Verkaufs an die Rhein-Energie bisher nicht wirklich erkennbar.

Im Falle der GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft fordern wir seit langem eine verstärkte Mieterprivatisierung des Wohnungsbestands. Es könnten beispielsweise auch Mietergenossenschaften gegründet werden, um die Eigentumsquoten in Mannheim deutlich zu erhöhen. Wir wollen, dass nicht die Stadt, sondern möglichst viele Mannheimer Wohneigentum besitzen. Denn Wohneigentum ist die beste Altersvorsorge und damit ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherung der Bürger.

Die GBG sollte darüber hinaus nicht aus dem Blick verlieren, verstärkt preisgünstige Mietwohnungen anzubieten, damit beispielsweise junge Familien nicht in den Mannheimer Speckgürtel ausweichen.

Anpassung von nicht kostendeckenden Gebühren

Wir halten den Vorschlag der Verwaltung, nicht kostendeckende Gebühren, zumindest teilweise, anzupassen, für richtig. Die FDP-Fraktion fordert jedoch eine soziale Differenzierung bei den Gebührenanpassungen. Gebühren für Bauanträge oder ähnliches können in jedem Fall bis zum Kostendeckungsgrad erhöht werden. Bei Gebührenanpassungen für Bildungseinrichtungen ist sorgfältig abzuwägen, in welchem Maß gestiegene Kosten weitergegeben werden können.

Ein Beispiel für eine richtige Anhebung von Gebühren liegt beim Rechnungsprüfungsamts vor, das bei der Prüfung unserer Eigenbetriebe einen kostendeckenden Gebührensatz erhebt und so zumindest zur eigenen Wirtschaftlichkeit beiträgt.

Wir sind erfreut, dass die Stadt Mannheim uns zugesagt hat, nun endlich die Gebühren für die Eintragung der „Homo-Ehe“, an die Gebühren zur Eintragung für heterosexuelle Ehen anzupassen – und zwar nach unten anzupassen. Für die FDP-Fraktion war diese krasse Diskriminierung, höherer Gebührensätze für homosexuelle Paare, unvereinbar mit den strategischen Zielen „tolerant und weltoffen“ zu sein, auf die sich Mannheim ja sonst gerne bezieht.

Verkauf von städtischen Grundstücken

Die FDP-Fraktion hält es für grundsätzlich richtig, dass die Stadt sich von Baugrundstücken trennt und diese zum Kauf anbietet. Allerdings haben wir den Eindruck, dass die Stadt in der Vergangenheit Grundstücke zu Preisen verkauft hat, die unserer Ansicht nach weit unter ihrem tatsächlichen Marktwert lagen.

Den beabsichtigten Verkauf des Geländes der Sickinger-Schule, wird die FDP mitgetragen. Wir wünschen uns noch mehr Verkäufe von städtischen Grundstücken. Allerdings können sie nur dann zu einer gewichtigen Finanzierung der Einnahmeausfälle beitragen, wenn sie einen maximalen Verkaufserlös erzielen.

Mannheims Wirtschaft stärken

Mannheims Wirtschaft stärken bedeutet Mannheims Zukunft zu sichern. Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen vor allem im privaten Sektor. Hier bekennen sich viele kleine und mittlere Unternehmen in vorbildlicher Art und Weise zum Standort Mannheim.

Mannheimer Unternehmen haben einen zentralen Anteil daran, dass wir unsere Standortvorteile gegenüber anderen Regionen weiter behaupten und Innovationen weiter fördern können. Unsere Stadt, inmitten der Metropolregion Rhein-Neckar, gehört deswegen auch zu einem der attraktivsten europäischen Wirtschaftsräume.

In dieser Hinsicht halten wir es für dringend geboten, dass dieser Gemeinderat endlich Farbe bekennt, ob wir in Zukunft für unsere Bürger und die hier ansässigen Unternehmen einen regionalen Flughafen wollen oder nicht. Wie wir alle erst vor ein paar Wochen in der Presse lesen durften, hat unser City-Airport in Neuostheim aufgrund neuer EU-Richtlinien ab 2013 keine Zukunft mehr. Die FDP fordert seit langem, dass wir uns endlich dieser Flughafendiskussion stellen, bevor uns das Zepter des Handelns aus der Hand genommen wird. Wir sprechen uns dabei klar für den Sandtorfer Bruch als Alternativstandort für den Flughafen aus.

Bei der Nutzungsänderung ehemaliger militärischer Anlagen, der so genannten Konversion, werden wir hier in Mannheim in naher Zukunft große Flächen für eine

nachhaltige Stadtraumentwicklung nutzen können. Der FDP ist es dabei ein besonderes Anliegen, dass die existierenden Rahmenpläne aus den 70er Jahren für diese Flächen aktualisiert werden. Das immense städtebauliche Potenzial muss auch für die Entwicklung von Gewerbeflächen in unserer Stadt genutzt werden.

Förderung von Kleinst- und Kleinunternehmen

Gerade auch in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Lage ist es erforderlich, in Wachstums- und Zukunftsbranchen zu investieren, damit Mannheim, die Metropolregion, damit Deutschland auch in Zukunft zu den Technologieführern gehören wird.

Aus diesem Grunde haben wir von Beginn an den Vorschlag der Verwaltung begrüßt, mit dem Zuschussprogramm KREATECH besonders Kleinst- und Kleinunternehmen zu unterstützen. Bei aller Kritik an der Einschränkung der förderungsfähigen Branchen auf Kreativwirtschaft und technologieorientierte Unternehmen, halten wir die Aussicht, damit neue Potenziale für Mannheim zu fördern und neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, für ausdrücklich unterstützenswert.

Hier kann mit vergleichsweise geringem finanziellem Einsatz vielen mutigen Jungunternehmern die Möglichkeit zur Existenzgründung gegeben werden. Die Tatsache, dass dieses Zuschussprogramm in der letzten Sitzung am 22. Dezember keine Mehrheit fand ist sehr ärgerlich. Insbesondere, da ja offensichtlich breiter inhaltlicher Konsens über die Richtigkeit der Maßnahme bestand.

Es ist nicht die Zeit für Parteiengezänk. Wir müssen die Weichen für die Zukunft stellen. Nicht von ungefähr nimmt Mannheim seit Jahren eine Spitzenposition bei der Anzahl der Gründungen im Land Baden-Württemberg ein. Wir dürfen uns auf dieser Erfolgsgeschichte aber nicht ausruhen, sondern müssen uns weiterhin konsequent dafür einsetzen, dass in Mannheim die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen.

Aus diesem Grunde begrüßen wir auch die weitere Umsetzung des Projekts „Altes Volksbad“ in der Neckarstadt-West. Das dort geplante Gründerzentrum für die Kreativ- und Kulturwirtschaft wird weitere Impulse für den Mannheimer Arbeitsmarkt

setzen und gleichzeitig der Quartierentwicklung dienen. Allerdings muss die Stadt als Bauherr endlich verstärkt darauf achten, dass die Mietpreise in Gründerzentren so niedrig wie irgend möglich sind. Die Mieten und Nebenkosten in städtischen Gründerzentren sind heute deutlich höher im Vergleich zu privaten Gründerzentren.

Mannheims neue wirtschaftspolitische Strategie

In den anstehenden Haushaltsberatungen unterstützen wir das vorgelegte Konzept einer neuen wirtschaftspolitischen Strategie und erhoffen uns eine detaillierte Umsetzung der Ziele, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Mannheim möglich zu machen. Die massive Erhöhung der Personalstellen ist problematisch, allerdings überwiegen für uns die zu erwartenden positiven Impulse für den städtischen Arbeitsmarkt. Im Gegenzug sehen wir klare Einsparungspotenziale bei der Beschäftigungsförderung. Diese halten wir – mit Ausnahme der Förderung von benachteiligten Jugendlichen – für komplett verzichtbar! Wir bevorzugen die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt.

Die beste wirtschaftspolitische Strategie nützt den Mannheimer Unternehmen nichts, wenn am Ende reihenweise Steuererhöhungen drohen und wir die Mannheimer Wirtschaft zusätzlich belasten.

Gerade eine Gewerbesteuererhöhung, wie sie insbesondere die Grünen und Linken wollen, steht konträr zu dieser neuen wirtschaftspolitischen Strategie, deren Kernelement ja die Bestandspflege ist. Die bereits diskutierte Kulturförderabgabe als Strafzoll für Touristen, wie von der SPD gefordert, ist selbstverständlich in der gleichen Kategorie anzusiedeln und lehnen wir ab.

Vorfahrt für Kinder und Bildung

Bildung eröffnet für das Leben neue Chancen und jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung.

Krippen- und Tagespflegestätten

Wir unterstützen ausdrücklich den weiteren Ausbau an Krippen- und Tagespflegeplätzen, um Kinder aus sozial schwachen Familien zu stärken aber auch die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf zu verbessern. Trotz schwieriger hauspolitischer Lage sehen wir deshalb das Festhalten an der Zielvorgabe – bis 2013 eine 35%ige Versorgungsquote in Mannheim zu erreichen – als strategische Investition in unsere Zukunft.

Beim Ausbau der Krippen- und Tagesstätten setzen wir vor allem auf die Einhaltung der von der Verwaltung vorgegebenen Qualitätsstandards. Gerade im Bereich der frühzeitigen Förderung von Kindern sind diese Standards besonders wichtig. Der frühestmögliche Kontakt mit einer Bildungseinrichtung und die damit verbundene Förderung ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entwicklung der Kinder.

Kindertagesstätten

Die FDP wirbt schon seit langem für einen gebührenfreien Regelbetreuungsplatz für jedes Kind ab drei Jahren in Mannheim. Der gebührenfreie Regelbetreuungsplatz ist für uns ein wesentlicher Beitrag zur frühkindlichen Bildung sowie für die Vorbereitung der Kinder auf die Schule. Allerdings sind wir uns angesichts der dramatischen Haushaltslage bewusst, dass dieses Ziel, in absehbarer Zeit, kaum zu realisieren ist.

Wir fordern aber, zumindest vorab, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu gestalten. Mit einer gänzlichen Abschaffung des Betreuungsgutscheins können wir die frei werdenden Finanzmittel für die Realisierung eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres verwenden. Im Unterschied zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, fordern wir deshalb die gänzliche Abschaffung des Betreuungsgutscheins, anstatt einer teilweisen Reduzierung. Für uns sind im Übrigen Gutscheine Maßnahmen, die vor allem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen. Dies gilt auch für den immer wieder diskutierten Familienpass.

Wir lehnen auch die vorgeschlagene Erhöhung der Kindergartengebühren für städtische Einrichtungen ab, da dies das falsche Signal für ein familienfreundliches Mannheim ist.

Ganztagschule

Wir halten den weiteren Ausbau der Ganztagschule für wichtig. Die Ganztagschule eröffnet gerade auch den leistungsschwachen Kindern eine Möglichkeit, mit der Erlangung von Schulabschlüssen eine bessere Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt zu erhalten.

Die Zielvorgabe, bis 2016 die Hälfte aller Mannheimer Schülerinnen und Schüler mit einem Ganztagsschulangebot zu erreichen, ist ausgesprochen ambitioniert, aber die Realisierung dieses Ziels ist für Mannheims Zukunft entscheidend. Wir unterstützen die Verwaltung in diesem Vorhaben, welches ein Volumen von rund 70 Millionen Euro hat.

Jugendhäuser und Jugendtreffs

In dieser extrem angespannten Haushaltsslage kommen wir immer wieder zu dem Punkt, wo wir uns fragen müssen, was wir uns noch leisten können in unserer Stadt.

Angesichts des demografischen Wandels und stark rückläufiger Schülerzahlen, sehen wir gerade durch den Ausbau des Ganztagsschulangebots die Möglichkeit, in anderen Bereichen Doppelstrukturen abzubauen.

Die Umwandlung von Jugendhäusern in Jugendtreffs ist zwar eine Reduzierung aber keine komplette Streichung unseres Jugendangebots. Wir betonen, dass kein einziger Standort geschlossen wird. Es erfolgt lediglich eine Umwandlung in Jugendtreffs.

Durch die Tatsache, dass sich die Ganztagschule bis in den Nachmittag hinein erstreckt und zahlreiche kulturelle und sportliche Vereine Angebote für Jugendliche organisieren, ist eine allmähliche Umwandlung von Jugendhäusern in Jugendtreffs vertretbar. Voraussetzung für diese Umwandlung ist aber auch für uns, dass

anderweitige Angebote in ausreichendem Maß für Jugendliche in diesen Stadtteilen vorhanden sind.

Wir sparen nicht bei der Jugend – wir geben mit unserem Ganztagschulausbauprogramm, mit rund 70 Millionen Euro, mehr Geld für Kinder und Jugendliche aus als jemals zuvor.

Frauenhäuser in Mannheim

Es war ein langer Weg bis in Mannheim zwei Frauenhäuser etabliert werden konnten, in denen Frauen und Kinder Schutz vor häuslicher Gewalt finden. Auch bei schwieriger Haushaltsslage dürfen wir diese wichtigen und dringend notwendigen Schutzräume nicht gefährden.

Es ist selbstverständlich, dass sich Frauenhäuser in Mannheim – dem Zentrum der Metropolregion – und nicht auf dem Land ansiedeln und daher auch Frauen und Kinder aus der Umgebung hier bei uns in der Großstadt Schutz finden.

Die Aufenthaltskosten pro Tag für Frauen, die nicht aus Mannheim sind, werden in der Regel bei ihren Heimatgemeinden geltend gemacht und auch bezahlt. Hierbei ist zu beachten, dass die Stadt Mannheim, im Vergleich zu anderen Großstädten, nur einen sehr geringen Tagessatz erhebt. Statt die Zuschüsse für diese Einrichtungen zu kürzen und damit deren Existenz zu gefährden, sollte besser auf realistische Tagessätze umgestellt werden, damit die Finanzierung unserer Frauenhäuser sichergestellt werden kann.

Nachhaltige urbane Stadtentwicklung – Weichen stellen für die Zukunft

Mannheim 21

Mannheim 21 ist ein herausragendes Stadtentwicklungsprojekt. Aber unsere Bedenken bleiben bestehen: Werden wir es schaffen, diese neue Büro- und Wohnstadt mit Leben zu füllen? Wird die Verwertung der neu zu erschließenden Grundstücke wirklich in dem erhofften Umfang zur Refinanzierung beitragen? Zudem ist der hierfür notwendige Umzug der Hauptfeuerwache noch nicht finanziert. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich das Vorhaben der Verwaltung so realisieren lässt.

Die lokale Baubranche wird Mannheim 21 als Konjunkturprogramm erleben und damit hoffentlich zu einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt führen. Wir werden dieses zentrale Projekt daher nicht blockieren.

Westtangente

Ein weiteres zentrales Infrastrukturprojekt in Mannheim ist die Westtangente, deren Realisierung wir der Südtangente vorgezogen hätten. Die Westtangente ist nämlich Voraussetzung für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Mannheimer Norden, insbesondere für die Stadtteile Sandhofen, Neckarstadt-West und Jungbusch, die aufgrund der unzumutbaren Verkehrsbelastungen sehr an Wohnqualität einbüßen. Die Entwicklungen im Jungbusch würden durch eine nachhaltige Verkehrsentlastung zudem einen völlig neuen Schub bekommen.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist auch im Hinblick auf Mannheims Wettbewerbsfähigkeit von herausragender Bedeutung. Die FDP fordert deshalb weiterhin die Realisierung der Westtangente und plädiert für eine Aufnahme des Planfeststellungsverfahrens.

Sickinger-Schule

Der bereits erwähnte Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Sickinger-Schule zu schließen und das Grundstück zu veräußern, halten wir für richtig. Nur noch wenige Schüler besuchen die Sickinger-Schule, deren Räumlichkeiten – im Vergleich zu

anderen Schulstandorten – zudem sehr großzügig bemessen sind. Die Schüler der Sickinger-Schule können ohne große Schwierigkeiten auf andere innerstädtische Schulstandorte ausweichen.

Wenn das Grundstück den zu erwartenden Verkaufserlös erbringt, lässt sich mit der Verwertung der frei werdenden Flächen eine große Chance zur nachhaltigen Stadtentwicklung in der Östlichen Unterstadt nutzen. Es handelt sich hierbei um ein zentral gelegenes, innerstädtisches Grundstück, welches sich ideal für eine hochwertige, barrierefreie Wohnraumbebauung eignet.

Victor-Lenel-Haus

Wir halten es auch für richtig, die im Victor-Lenel-Haus befindliche Einrichtung zu verlegen. Auch dieses Grundstück könnte dann für eine zukunftsweisende Wohnraumentwicklung genutzt werden.

48er Sportanlage

Die Ereignisse der letzten Wochen zum Thema 48er-Platz in Almenhof haben deutlich gezeigt, dass es an uns allen liegt, die Bürgerschaft in unsere Haushaltsberatungen mit einzubeziehen, um Missverständnisse über eine etwaige Bebauung des „grünen Herzens von Almenhof“ zu vermeiden.

Das langjährige bürgerschaftliche Engagement der Almenhofer zur Aufwertung des 48-Platzes ist ausdrücklich zu loben. Wir erwarten, dass dabei eine Lösung gefunden wird, wie die Verwaltung die angekündigten Einsparvorgaben zu realisieren gedenkt und dabei die Bürger Almenhofs in die Planungen mit einbezieht.

„blau_Mannheim_blau“

Unsere Stadt ist bekanntermaßen von der Lage an den beiden Flüssen Rhein und Neckar geprägt. Die Konzeption „blau_Mannheim_blau“ nimmt in hervorragender Weise Bezug hierauf und bietet eine Fülle von Ideen und Vorschlägen zur nachhaltigen Freiraumentwicklung. Unserer Ansicht nach bewirbt unsere Stadt das Konzept „blau_Mannheim_blau“ als Themenschwerpunkt zu defensiv.

Gerade bei einer Bewerbung Mannheims zur Kulturhauptstadt, sollte dieses Potential genutzt werden. Eine gelungene und kreative Bewerbung, die eine intelligente Freiraumnutzung mit einschließt, vermag vielleicht andere Mitbewerber im Rennen um den Titel der Kulturhauptstadt auszustechen. „blau_Mannheim_blau“ bietet eine gelungene Entwicklungskonzeption, die die FDP weiter umzusetzen will! Ein Anfang könnte hier zum Beispiel sehr gut am Alten Messplatz gemacht werden. Die Finanzierung des Zugangs zum Wasser in dieser zentralen städtischen Lage ist der FDP wichtiger als eine neue Strandbadgaststätte.

Planken-Sanierung

Die Planken sind das Aushängeschild des Mannheimer Einzelhandels und die dort ansässigen Gewerbetreibenden haben viel Geld in die Gebäude investiert. Auch die Stadt muss hier eine Aufwertung der Planken vornehmen.

Im Hinblick auf die anderen innerstädtischen Großbaustellen ist es jedoch vernünftig die Arbeiten zu verschieben. Mit der geplanten Neubebauung des ehemaligen Abendakademiegebäudes in R3 und dem kürzlich begonnenen Bau des Innenstadtquartiers in Q6/Q7, werden bereits zwei große Bauvorhaben in der Innenstadt realisiert. Eine weitere innerstädtische Großbaustelle, insbesondere wenn diverse Großveranstaltungen, wie Eishockey WM und Katholikentag bevorstehen, wäre eine nicht zumutbare Belastung für Bürger und Gewerbetreibende.

Im Übrigen sind wir der Auffassung, dass eine Entrümpelung und kleinere Verschönerungsmaßnahmen schon eine sehr große Wirkung erzielen können, so dass wir Kosten in Höhe von über zehn Millionen Euro für die Planken-Sanierung auch für das Jahr 2013 nicht einplanen wollen. Mit einem zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag könnten wir aber den Gewerbetreibenden noch in diesem Jahr entgegenkommen und somit zu einer zusätzlichen Belebung der Planken beitragen.

Stadtbahn Nord

Die geplante Stadtbahn in den Mannheimer Norden ist ein zentrales und wichtiges Projekt. Mit dieser Erweiterung wird eine wichtige Lücke im öffentlichen Personennahverkehr geschlossen. Damit erhalten über 32.000 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ohne umzusteigen und somit schneller in die Innenstadt zu fahren. Das gilt selbstverständlich im Umkehrschluss auch für die Mannheimer, die von der Innenstadt in die Naherholungsgebiete im Norden fahren wollen.

Unsere Zustimmung zum Stadtbahn-Projekt erfolgte jetzt auch, weil dies die letzte Möglichkeit war, Bundesmittel zu erhalten, ohne die eine Realisierung dieses Projekts überhaupt nicht umsetzbar ist.

Dass es Sorgen und Bedenken einiger Anwohner gibt, ist verständlich, denn das Stadtbahn-Projekt bedeutet ja vor allem auch Baustellen und Veränderungen. Auch wenn wir als Liberale stets für bürgerschaftliches Engagement plädieren, muss man sich darüber im Klaren sein, dass Änderungsvorschläge – allein aus betriebswirtschaftlicher Sicht – enge Grenzen gesetzt sind. Allerdings erhoffen wir uns durch eine intensive Diskussion mit den betroffenen und besorgten Bürgern, dass viele ihrer Bedenken ausgeräumt werden können.

Radverkehrspolitik

Für die FDP sind der Ausbau und die Optimierung des Radwegenetzes wichtig für die städtische Infrastruktur. Es gibt immer noch zahlreiche gefährliche Stellen in unserem Radwegenetz, die zu beheben sind. Hier erhoffen wir uns von dem geplanten „Runden Tisch Radverkehr“ klare und rasche Ergebnisse und begrüßen die in den Haushalt eingestellten Mittel!

Ein sicheres und ausgebautes Radwegenetz ist für uns nämlich ein klarer Wettbewerbsvorteil für Mannheim und zugleich – wie der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs – ein bedeutender Bestandteil unserer Klimaschutzkonzeption 2020.

Klimaschutz in Mannheim

Mit der Einstellung von 2,5 Millionen Euro in den Haushalt der kommenden zwei Jahre sind wir in Mannheim zumindest auf dem Weg, die vorgegebenen CO₂-Minderungspotenziale von 40% bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, aber die konsequente energetische Sanierung städtischer Gebäude sowie der Bau des neuen Block 9 beim Grosskraftwerk Mannheim sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, um die CO₂-Emissionen in Mannheim deutlich zu reduzieren.

Die neu eröffnete Klimaschutzagentur ist ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Klimaschutzkonzeption. Zu den Themen rund um Energie können sich Mannheimer Bürgerinnen und Bürger nun umfassend und kostenlos beraten lassen. Auch gerade für private Bauherren lassen sich mit diversen Zuschüssen aus öffentlichen Kassen neue Techniken einbauen, damit langfristig der Energieverbrauch in unserer Stadt reduziert werden kann.

Wir sehen aufgrund des umfassenden Beratungsangebots, welches nun durch die Klimaschutzagentur bereitgestellt wird, eine Einsparmöglichkeit beim Zuschuss für das Umweltforum. Dort finanzieren wir seit Jahren eine Stelle zur Energieberatung, die jetzt mit der Eröffnung der Klimaschutzagentur entfallen kann. Doppelstrukturen können nicht dauerhaft finanziert werden. Darüber hinaus könnten Synergieeffekte auch durch Kooperationen mit anderen Klimaschutzagenturen in der Region erzielt werden.

Change² - auf dem Weg in die Moderne

Die FDP-Fraktion begrüßt den umfassenden Umbau der städtischen Verwaltung. Es kann nur in unser aller Interesse liegen, dass die Stadtverwaltung, neben dem Basisziel der Daseinsvorsorge, neue städtische Potenziale identifiziert und fördert, die besonderen strukturellen Herausforderungen angeht und bestehende Schwächen konsequent kompensiert.

Die Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele ist nur durch die aktive Teilnahme aller Beteiligten realisierbar. Die FDP-Fraktion ist sich dieser Herkulesaufgabe bewusst

und möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ausdrücklich danken. Ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit ist es geschuldet, dass sich Mannheim auf den Weg macht, Deutschlands modernste Stadtverwaltung zu werden.

Allerdings darf man an dieser Stelle anmerken, dass beispielsweise gerade in Bezug zur Neugestaltung des Bereichs Kinder, Jugend und Schule, die Verwaltung auch die Bürgerschaft besser mitnehmen muss. Es sollten dabei vor allem die Veränderungen und Zielvorstellungen dieser Reform auch nach außen hin verständlich kommuniziert werden.

Kultur-Raum-Stadt - Der Weg ist das Ziel

Der Vorschlag, die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2020 weiter zu verfolgen, ist wichtig und richtig für Mannheim. Allein vom Bewerbungsprozess erhoffen wir uns bedeutende Mobilisierungseffekte und positive Impulse für unsere Stadtentwicklung. Aber die auf die Stadt Mannheim zukommenden Kosten müssen dabei so transparent und früh wie möglich mitgeteilt werden.

Wir begrüßen dabei die Entscheidungen unserer Nachbarkommunen, uns in diesem wichtigen Vorhaben zu unterstützen, denn eine erfolgreiche Bewerbung Mannheims wäre von besonderer Strahlkraft für die Metropolregion insgesamt. Allerdings muss auch sichergestellt sein, dass die umliegenden Gemeinden ihren finanziellen Beitrag zur Bewerbung leisten.

Das geplante regionale Kulturbüro wird in diesem Bereich ein erster Testfall für regionale Zusammenarbeit und Kostenteilung. Prozentual zu den Einwohnerzahlen sollten unsere Nachbarstädte ihren finanziellen Beitrag zum Unterhalt dieses regionalen Kulturbüros leisten. Für Mannheim gilt dann, dass wir das bestehende „Büro Kulturhauptstadt“ in dieses regionale Kulturbüro integrieren, denn interne Parallelstrukturen wollen wir an dieser Stelle vermeiden.

Eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt hat für die FDP nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir dies als gemeinsame Kraftanstrengung der gesamten Region verstehen – unter Federführung der Stadt Mannheim. Die Situation, dass jeweils Ludwigshafen und Mannheim Richard Wagners Hauptwerk „Der Ring des Nibelungen“ in dichter Folge hintereinander aufführen, lässt auf mangelnde Absprachen im kulturellen Bereich schließen. Es wäre wünschenswert, wenn dieses neue regionale Kulturbüro auch eine koordinierende Funktion für Kultur in der Region wahrnimmt. Vielleicht ließe sich dann eine größere Bandbreite erstklassiger Inszenierungen darstellen. Das Projekt Kulturhauptstadt 2020 wäre somit eine Gelegenheit, Konkurrenzdenken in der regionalen Kulturszene abzubauen.

Kultur- und Sportförderung

Nationaltheater – Leuchtturm der Kultur

Als ehemalige Wirkungsstätte Friedrich Schillers, die es ohne das große bürgerliche Engagement in dieser Form nicht gäbe, dürfen wir unser Nationaltheater nicht kaputt sparen.

Auch wenn einem die Kosten der anstehenden dringenden Sanierungsarbeiten den Atem verschlagen, bekennen wir uns zu unserem Nationaltheater. Wir müssen uns aber verstärkt um Landesmittel zur Unterhaltung dieser herausragenden Kultureinrichtung bemühen, auch wenn dies momentan wenig Aussicht auf Erfolg verspricht.

Zur Verbesserung des Kostendeckungsgrads plädieren wir gleichzeitig für eine deutliche Erhöhung der Eintrittsgelder. Eine Erhöhung beim Theater halten wir für vertretbarer als bei der Kinderbetreuung!

Kunsthalle – Neubau oder Abriss?

Die Kunsthalle beherbergt nicht nur ein Teil der Mannheimer Kunstschatze, sondern ist – zumindest der Altbau – auch selbst ein bedeutendes Gebäude für Mannheim. Wir stehen deshalb uneingeschränkt zur begonnenen Sanierung des Altbaus.

Ob wir allerdings einen erst 26 Jahre alten Neubau abreißen müssen, wollen wir erst inhaltlich diskutieren, wenn ein objektives Gutachten vorliegt. Vor allem interessiert uns die Frage, was eine Mindestsanierung des Mitzlaff-Baus gegenüber einem Neubau kostet.

Die Frage „Sanierung oder Abriss des Mitzlaff-Baus“ hat für uns nichts mit einer Bewerbung Mannheims zur Kulturhauptstadt zu tun. Wir sind der Auffassung, dass wir Kulturhauptstadt Europas auch mit einem sanierten Bau werden können – wenn die Kosten der Sanierung geringer als für einen Neubau sind.

Wichtiger als ein Neubau ist, dass die Kunstschätze, die in diesem Bau gezeigt werden sollen, restauriert werden. Was nützt ein neu gebautes Gebäude, wenn es aufgrund der nicht restaurierten Kunstschätze gar nicht bespielt werden kann?

Freie Kulturszene

Die FDP trägt die Erhöhung der Fördermittel für die freie Kulturszene mit. Die „Freie Szene“ hat sich in Mannheim erheblich vergrößert und entwickelt. Bei der stärkeren finanziellen Unterstützung durch die Stadt, muss aber gewährleistet werden, dass nicht nur Einrichtungen, die seit Jahren bestehen, auch weiterhin finanziell gefördert werden, sondern der neue finanzielle Spielraum auch für die Förderung neuer Einrichtungen genutzt wird. Deshalb muss im Haushalt zumindest in einer Fußnote festgeschrieben werden, wie die Mittel verteilt werden.

Die institutionelle Förderung einzelner, kleinerer Kultureinrichtungen – wie z.B. des Kurpfälzischen Kammerorchesters, des Kunstvereins, des Filmclubs Cinema Quadrat oder des Kabarett-Klappmühl – mit eigenen Haushaltsstellen muss aufgehoben werden. Die vorhandenen Kulturfördermittel sind insgesamt neu und gerecht zu verteilen.

Hierfür müssen alsbald Förderrichtlinien geschaffen werden, die die Voraussetzungen für die Förderung festlegen. Die freie Kulturszene kann nicht nur von einer Projektförderung leben. Insbesondere im Hinblick auf die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2020 muss gewährleistet sein, dass für Mannheim wichtige

Kultureinrichtungen, die nach außen Strahlkraft haben, in ihrer Existenz gesichert werden.

Die Mannheimer Bläserphilharmonie leistet beispielsweise durch zeitgenössische Bläsermusik, insbesondere auch von Mannheimer Komponistinnen und Komponisten, einen bedeutsamen Beitrag zum Kulturleben in Mannheim. Dieses große Orchester wirkt weit über die Grenzen Mannheims hinaus und spielt auf hohem künstlerischem Niveau. Angesichts der Bedeutung der Bläserphilharmonie für Mannheim, ist es unverständlich, dass die Stadt dieses Orchester gar nicht unterstützt.

Bäderkonzept

Die FDP-Fraktion trägt die weitere Umsetzung des Bäderkonzepts mit. Eine Schließung des Seckenheimer Hallenbads ist demnach erforderlich.

Die darüber hinausgehende Umwandlung des Sandhofener Freibades in ein Naturbad, wie es das Haushaltsstrukturprogramm vorsieht, ist eine gute Idee. Hiermit lassen sich Steuergelder sparen, ohne in diesem Stadtteil eine attraktive Freizeiteinrichtung schließen zu müssen.

An dieser Stelle möchte ich aber ausdrücklich betonen, dass uns die Zukunft des Herschelbads besonders am Herzen liegt. Es handelt sich hierbei um ein Juwel des Jugendstils inmitten unserer Stadt. Bereits zu den Haushaltsberatungen im Jahr 2008 haben wir deutlich gemacht, dass ein Nutzungskonzept für das Herschelbad dringend erforderlich ist, bevor man mit den Sanierungsarbeiten beginnt. Dieses Nutzungskonzept muss jetzt dringend erstellt werden.

Ich kann mich an dieser Stelle nur wiederholen: Wir zäumen das Pferd von hinten auf, wenn wir weiterhin Millionen Euro von Steuergeldern für Notmaßnahmen genehmigen, ohne eigentlich zu wissen, wo die Reise mit dem Herschelbad hingehen soll. Dafür steht es für uns außer Frage, dass das Herschelbad auch weiterhin in Teilbereichen eine öffentliche Schwimm- und Badeanstalt beherbergen wird, ganz im Sinne des ehrenwerten Mannheimer Bürgers Bernhard Herschel, mit dessen Vermögen das Haus überhaupt erst gebaut werden konnte.

Ich appelliere deshalb an die Kollegen von SPD und CDU, dem gemeinsamen Antrag der Grünen und der FDP zuzustimmen und die Verwaltung aufzufordern, schnellstmöglich ein Gesamtnutzungskonzept in Auftrag zu geben. Dies ist Voraussetzung, um Sponsoren gewinnen zu können. Ganz ohne private Finanzmittel wird sich ein tragfähiges Zukunftskonzept für das Herschelbad nicht umsetzen lassen.

Sportförderung

Sportförderung hat für uns eine besondere Rolle. Die überdurchschnittliche Bereitschaft von Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern, sich ehrenamtlich in Sportvereinen zu engagieren, sollte die Stadt auch in besonderem Maße unterstützen. Sportvereine leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Integration von Jugendlichen.

Angesichts der zahlreichen sportlichen Großveranstaltungen, die in den nächsten Monaten und Jahren in Mannheim stattfinden und die zum Teil mit erheblichen Millionensummen bezuschusst werden, stellt sich für die FDP jedoch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Bis zum Jahr 2013 sind zum Beispiel 2,85 Millionen Euro für die Ausrichtung des Deutschen Turnfests vorgesehen!

Unter nachhaltiger und effektiver Förderung des Mannheimer Breitensports verstehen wir nicht die Verwendung von Steuermitteln für kommerzielle Großveranstaltungen, die nur kurzlebige Impulse bringen. Daher lehnen wir diesen Zuschuss ab!

Schlussbemerkung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion ist gewillt, ihre Verantwortung wahrzunehmen, um Mannheims Zukunft aktiv mit zu gestalten.

Wir sehen es in diesem Punkt ähnlich wie der Oberbürgermeister, in der gegenwärtigen Krise liegt für uns als Gemeinderat auch eine Chance die Weichen für unsere gemeinsame Zukunft richtig zu stellen.

Dieser Gemeinderat muss seine Hausaufgaben machen, damit die grundsätzliche Schieflage unseres Verwaltungshaushalts angegangen werden kann. Wir werden uns daher keiner ernsthaften Diskussion um Einsparvorschläge und Einnahmeerhöhungen entziehen.

Wir leben seit langem auf Kosten zukünftiger Generationen. Die Aufnahme von Neuschulden belastet massiv die zukünftige Entwicklung Mannheims.

Allerdings halten wir Steuererhöhungen für das falsche Signal in Zeiten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise Deutschlands. Jede zusätzliche Steuerlast ist Gift für die Konjunktur und gefährdet Mannheimer Arbeitsplätze.

In den Haushaltsberatungen werden mutige Entscheidungen von uns verlangt, die wir den Bürgerinnen und Bürgern aber auch inhaltlich erklären müssen, um sie von deren Notwendigkeit zu überzeugen. Als FDP scheuen wir uns nicht vor einer konsequenten Debatte um Einsparpotenziale. Das Haushaltsstrukturprogramm bietet hierzu gute Ansätze.

Es ist keine Zeit für parteitaktische Manöver. Wir alle müssen den Ernst der Lage erkennen und bei den zu erwartenden gigantischen Einnahmeausfällen unseren engen finanziellen Handlungsspielraum strategisch und effektiv nutzen.

Für die FDP hat hier insgesamt der Bereich Kinder und Bildung Vorfahrt, in dem wir gezielt massiv investieren wollen, genauso wie in den Bereichen der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation danke ich, im Namen der gesamten FDP-Fraktion, der Verwaltung – insbesondere dem Ersten Bürgermeister Christian Specht, unserem Stadtkämmerer Peter Schill und allen Beteiligten – für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011.

Ich wünsche uns allen konstruktive und produktive Haushaltsberatungen im März und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stichwortliste

Alter Messplatz 16
Arbeits- und Ausbildungsplätze 4, 5, 8, 9, 10, 24
Bäderkonzept 22
Beschäftigungsförderung 9
Betreuungsgutschein 11
bürgerschaftliches Engagement 15, 20
City-Airport 8
Deutscher Katholikentag 3, 16
Deutscher Städtetag 5
Deutsches Turnfest 23
Doppelstrukturen 12, 18
Dreifachstrategie 2
Eishockey WM 16
föderale Finanzbeziehungen 5, 6
GBG-Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft 7
Gemeindefinanzreform 5
Gewerbsteuer 1, 4, 5, 10
globale Minderausgabe 3
Grosskraftwerk Mannheim 18
Grundsteuer 4
Haushaltsstrukturprogramm 1, 3, 22, 24
Herschelbad 22, 23
Homo-Ehe 7
Klimaschutzagentur 18
Klimaschutzkonzeption 2020 17, 18
Kommunaler Ordnungsdienst 3
Konversion 8
KREATECH 9
Kulturförderabgabe 4, 5, 10
Kulturhauptstadt 2020 4, 5, 16, 19, 20, 21
Kunsthalle 4, 20
Ludwigshafen 19
m:con 6
Metropolregion Rhein-Neckar 5, 8, 9, 13, 19
MVV 1, 6
Privatisierungen 6, 7
Q6/Q7 16
regionales Kulturbüro 19, 20
RheinEnergie 6
Schulden 2, 3, 6, 24
Seckenheimer Hallenbad 22
Steuererhöhungen 3, 4, 5, 10, 24
Touristen 4, 5, 10
Vermögensveräußerungen 2, 3
Verschuldungsverbot 2
Verwaltungsumbau / Change² 18

Es gilt das gesprochene Wort.

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Rathaus in E 5

68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405

Fax: +49 621 293-9536

Internet: fraktion@fdp-mannheim.de

Email: www.fdp-mannheim.de